

Antrag der Fraktion der CDU**Pflegeplan für das Land Bremen entwickeln!**

In den nächsten Jahren wird das deutsche Gesundheitssystem aufgrund gesellschaftlicher, demografischer und medizinisch-pflegerischer Entwicklungen mit einem zunehmenden Pflegebedarf in quantitativer und qualitativer Hinsicht konfrontiert werden. Mit der Zahl der pflegebedürftigen Menschen in unterschiedlichsten Bedarfskonstellationen – u. a. der Zunahme von Menschen mit Demenz – wird auch die Zahl der Menschen in Pflegeberufen und ihre Qualifikationen stark zunehmen müssen.

Auch das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden müssen sich frühzeitig auf demografische Entwicklungen und die Konsequenzen, die sich daraus im Bereich der Pflege ergeben, vorbereiten. Gemeinsam mit den Pflegekassen müssen sie ihrer zentralen Planungs- und Koordinierungsfunktion gerecht werden. Ziel muss sein, eine Strategie der Pflegevermeidung mit einer koordinierten Bedarfs- und Angebotsplanung der Altenhilfe und Altenpflege zu entwickeln.

Aussagen zu den Leitlinien der Alten- und Pflegepolitik wurden im Senat letztmalig im Altenplan 2007 formuliert. Seitdem wurden, wie die Antworten des Senats in Drs. 18/339 nahelegen, keine zukunftsweisenden strategischen Planungen im Pflegebereich vorgenommen. Dass diese allerdings nicht nur aufgrund der aktuellen Prognosen und Entwicklungen dringend nötig sind, belegt die jüngste Diskussion um Gewalt in der Pflege und die Überlastung der Pflegenden. Pflege darf in diesem Kontext kein Randthema der politischen Diskussion und der strategischen Planungen bleiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat in Abstimmung mit dem Bremerhavener Magistrat auf, der Bürgerschaft (Landtag) unter beratender Beteiligung praxiserfahrender Akteure aus dem Pflegebereich, den Kostenträgern und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände bis zum 1. März 2013 ein Pflegekonzept für die aktuelle Legislaturperiode im Lande Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Das zwischen den Ressorts Gesundheit und Soziales abgestimmte Konzept soll dabei – ausgehend von den Anforderungen des demografischen Wandels – folgende Aspekte berücksichtigen:
 - Aufbau, Weiterentwicklung und Vernetzung von lokalen Beratungs- und Hilfestrukturen für ältere Menschen und deren Angehörige durch die Dienstleistungszentren und die Angebote der Wohlfahrtsverbände.
 - Entwicklung einer sektorübergreifenden präventiven kommunalen Infrastruktur, die die bestehenden Probleme beim Übergang von Behandlung zu Pflege in beiden Städten beseitigt.
 - Vorhaltung eines regional abgestimmten Netzes mobiler, ambulanter und stationärer Rehabilitationsangebote in Bremen und Bremerhaven.
 - Ausbau und Weiterentwicklung eines flächendeckenden Systems zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements von und für ältere Menschen, unter Einbeziehung der bestehenden Begegnungsstätten in den Stadtgemeinden.

- Stärkere Förderung neuer Wohnformen für ältere Menschen in Bremen und Bremerhaven und Unterstützung des selbstständigen Wohnens zu Hause bis ins hohe Alter.
- Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kurzzeitpflege sowie Durchlässigkeit und Flexibilität der Kurzzeitpflege und der Tages- und Nachtpflege, im Sinne der eigenständigeren Lebensgestaltung der Pflegebedürftigen.
- Weiterentwicklung und Qualifizierung der bestehenden stationären Einrichtungen zu qualitativ hochwertigen und spezialisierten Kompetenzzentren, insbesondere für Schwerstpflegebedürftige, Menschen mit Demenz, sowie ältere Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.
- Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von älteren bzw. pflegebedürftigen Migranten und Stärkung des Informationsangebotes für diese Zielgruppe.
- Verbesserung der Angebote zur Unterstützung und Ausarbeitung neuer Modelle zur Förderung pflegender Angehöriger.
- Abbau von unnötigen Mehrfachzuständigkeiten und bürokratischen Hindernissen, die Pflegenden ihre Arbeit erschweren und das Berufsbild unpopulär machen.
- Bedarfsgerechter Ausbau und Sicherstellung der Finanzierung der Ausbildungs- und Umschulungsplätze im Pflegebereich.
- Prävention von Gewalt im ambulanten und stationären Pflegebereich durch Vernetzung der Kommunikation, Stärkung der Heimaufsicht und gezielte Weiterbildungsangebote für die Pflegenden.
- Durchführung einer Image- und Werbekampagne für die Pflegeberufe.

Claas Rohmeyer, Rainer Bensch, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU